

III. Die europäischen Parteien

Im bisherigen Untersuchungsverlauf sind vor dem Hintergrund der nationalstaatlichen Legitimation durch die dortigen Parteiendemokratien (Teil I) und der Herausbildung des demokratischen Defizits der Europäischen Union (II) die „Voraussetzungen für einen legitimatorischen Mehrwert der europäischen Parteien“ (II.3.) aufgezeigt worden. Nach dem damit vorgegebenen Untersuchungsraaster für die europäischen Parteien sollen diese nun im III. Teil hinsichtlich ihres Potentials zur Minderung des europäischen Demokratiedefizits analysiert werden.

In der Reihenfolge ihrer Fraktionsstärke im Europäischen Parlament vor und nach den Wahlen vom Juni 2004 ist das einheitliche Grundraaster im folgenden auf die europäischen politischen Parteien anzuwenden. Um einerseits ihre jeweiligen Spezifika berücksichtigen, andererseits den abschließenden Vergleich unter ihnen gewährleisten zu können, sind dabei Kompromisse zu schließen. Generell wird die vierstufige Untergliederung der Studien zur EVP, SPE, ELDR und EGP durchgehalten, in welcher nach der (1.) historischen Entwicklung Abschnitte zur (2.) Organisationsform und (3.) Programmatik folgen; abschließend soll eine Einschätzung des (4.) Legitimationspotentials des jeweiligen Parteienverbundes unternommen werden.

Da die *historische Entwicklung* in erster Linie der Erklärung von Besonderheiten der jeweiligen Partei dient, werden hier keine einheitlichen Zäsuren erzwungen. Dies gebieten schon die um über hundert Jahre auseinander liegenden Ursprünge der transnationalen Parteikooperationen. Wie im nationalen Rahmen stimulierten allerdings externe Einflüsse die Genese der europäischen Parteienzusammenschlüsse und führen dadurch zu überwiegend parallelen Phaseneinteilungen.

Die vier zu untersuchenden Parteienverbände zeichnen sich dadurch aus, daß ihre *Organisationsformen* vergleichbare Charakteristika aufweisen. So sind ihre normativen Grundlagen, Mitgliedschaftstypen, die Organe und ihre Willensbildungsverfahren sowie die Finanzierung und Infrastruktur nach dem oben ausgeführten Raster zu untersuchen; lediglich die Vereinigungswesen der einzelnen europäischen Parteien unterscheiden sich deutlich. Die Untersuchung der Politikgestaltungsmöglichkeiten beschließen in allen vier Fällen die organisatorischen Kapitel, in denen – entsprechend der einleitend begründeten Eingrenzung auf die 15er-EU (Einleitung 1.) – die politischen Parteien aus den EU-Neumitgliedern weitgehend ausgeklammert werden.

So wie die Entwicklung des europäischen Parteiensystems insgesamt durch externe Einflüsse geprägt wurde, trifft dies insbesondere auf die *Programmatik* zu. Alle Parteienverbände (die Europäische Grüne Partei erst seit 1999) verabschiedeten vor jeder Wahl zum Europäischen Parlament Programme, in denen Grundsätze, Reformvorstellungen bezüglich der Gemeinschaftsorgane und zur aktuellen Europapolitik die Schwerpunkte bildeten. Die dadurch bedingte Einheitlichkeit erleichtert es, die Konzepte der europäischen Parteien den im II. Teil aufgezeigten Legitimationserfordernissen in den jeweiligen Integrationsstadien gegenüberzustellen.

Ob die europäischen Parteien in organisatorischer und programmatischer Hinsicht *Legitimationspotential* besitzen, versuchen die abschließenden Abschnitte der vier Parteistudien zu beantworten. Dabei wird die innerparteiliche Demokratie vor dem Hintergrund der im I. Arbeitsteil festgehaltenen nationalstaatlichen Maßstäbe zu bewerten und den tatsächlichen Möglichkeiten der Parteienzusammenschlüsse auf europäischer Ebene zur Politikgestaltung gegenüberzustellen sein.